

»... grundlegend von der Vorgängerregierung unterscheiden«

Eckpunkte grüner Kulturpolitik



Erhard Grundl, MdB, ist kulturpolitischer Sprecher von Bündnis 90 / Die Grünen im Deutschen Bundestag und Mitglied im Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft

KuMi: Ihre Partei stellt überraschenderweise die Staatsministerin für Kultur und Medien. Wie wird eine grüne Bundeskulturpolitik aussehen?

Grundl (E.G.): Auch für mich war das eine – sehr positive – Überraschung und ich bin glücklich darüber, dass wir mit Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth eine so prominente und erfahrene Kulturstaatsministerin haben werden. Sie hat, wie es in der taz treffend heißt, »eine kämpferische Vita« und ließ sich in ihrer »langen Karriere als Politikerin noch nie einschüchtern«. Claudia Roth kommt aus der Kulturszene und war zuletzt Obfrau der Grünen für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Im Kabinett Schröder war sie Menschenrechtsbeauftragte und hat dieses Amt mit Mut und Überzeugungskraft ausgeübt. Sie wird der Kulturpolitik in Deutschland guttun.

Insgesamt wird eine grüne Bundeskulturpolitik sich grundlegend in Form und Inhalt von der Vorgängerregierung unterscheiden. Von Klassik zu Comic, von Plattdeutsch bis Plattenladen, wie es im Koalitionsvertrag heißt, ist tatsächlich Programm; ebenso wie Barrierefreiheit,

Geschlechtergerechtigkeit, Diversität und Nachhaltigkeit, die sich durch den Kulturteil des Koalitionsvertrages ziehen, aber auch durch den Vertrag insgesamt.

Wir wollen nicht primär in immer neue repräsentative Großbauten in der Hauptstadt investieren und damit den Löwenanteil der Ausgaben in der Kulturförderung des Bundes binden, sondern kulturelle Vielfalt fördern und das im Grundgesetz verankern. Dazu gehören Kulturorte wie Konzerthäuser und Opern, Clubs und Livespielstätten, Bibliotheken als dritte Orte und aber auch inhabergeführte Buchhandlungen und Plattenläden, in denen Zugänge zu Kultur vermittelt werden.

Kultur mit allen heißt auch, nicht über die Köpfe von Künstlerinnen und Künstlern und Kreativen hinweg zu agieren, sondern das Gespräch zu suchen, auch mit der Kultur- und Veranstaltungsbranche sowie den Kultureinrichtungen. Mir ist das besonders wichtig, denn die drängendste Aufgabe, die jetzt ansteht, ist die Bewältigung der 4. Pandemiewelle und, aus kulturpolitischer Sicht, die Fortsetzung der Corona-Hilfen, also der

Neustart-Programme als Teil der Überbrückungshilfen, die Fortsetzung des Kurzarbeitergeldes oder die Einführung steuerfinanzierter Wirtschaftshilfen in Notlagen, die auch für Soloselbstständige von Interesse sind. Wir werden dazu im Gespräch bleiben, denn wir wollen evaluieren, wie die Programme ankommen, wo Förderlücken sind, wo nachgebessert werden muss. Das Wort von Robert Habeck von der »lernenden Politik« gilt auch für die Kulturpolitik.

Außerdem wollen wir mehr Kultur in der Fläche fördern. Der Koalitionsvertrag führt ein »Plenum der Kultur« ein, das die Kooperation mit Kommunen, Ländern, Kulturproduzentinnen und -produzenten, Verbänden und Zivilgesellschaft verbessert, Potenziale erschließt und Standards festlegt. Gerade auch in Hinblick auf die Auswirkungen auf Corona-bedingte Steuerausfälle müssen Kommunen Kunst und Kultur finanziell dauerhaft aus eigener Kraft fördern können. Und schließlich geht es auch um Kultur für alle, also darum Kultureinrichtungen wirklich für alle zu öffnen und neue, diversere Bevölkerungsgruppen für die Museen, Theater und Opernhäuser zu gewinnen.

KuMi: Wie haben Sie die Koalitionsverhandlungen als Teil der Verhandlungsgruppe für den Bereich Kultur und Medien erlebt?

E.G.: Konstruktiv und auf Augenhöhe, es war ein Klima der Offenheit und des Zuhörens. Nur so war es möglich, überhaupt zusammenzukommen. Denn natürlich kommen wir aus unterschiedlichen Richtungen. Aber das Ziel war, das Beste aus unterschiedlichen Ansätzen zusammenzubringen und nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden. Ich denke, das ist gelungen

KuMi: Welche Differenzen zwischen den Parteien haben sich dennoch ergeben?

E.G.: Der größte Unterschied besteht wahrscheinlich in der Sozialpolitik. Dass wir da größere gemeinsame Schnittmengen mit der SPD haben, ist bekannt. Wo die FDP eher weniger staatliches Ordnungsrecht will, ist unser Ansatz, finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu schaffen, damit Kultur entstehen kann. Das ist gerade für die vielen Soloselbstständigen in Kreativberufen wichtig, denn viele wechseln häufig zwischen Angestelltenverhältnissen und freiberuflicher Arbeit. Darauf sind unsere sozialen Sicherungssysteme nicht eingestellt.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf verständigt, Soloselbständige und hybrid beschäftigte Kreative besser sozial abzusichern. Die Künstlersozialkasse soll finanziell gestärkt und die in Corona-Zeiten erhöhten Zuverdienstmöglichkeiten für KSK-Versicherte aus nichtkünstlerischer selbstständiger Arbeit soll erhalten bleiben. So soll verhindert werden, dass Künstler*innen, die Corona-bedingt nicht arbeiten können und Jobs in anderen Bereichen annehmen, nicht aus der KSK fallen. Im Arbeitsmarktkapitel wird weiter ausgeführt, dass der Zugang für Selbständige zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung erleichtert werden soll.

KuMi: Wie beurteilen Sie letztendlich die Ergebnisse? Welche Forderungen haben sich durchgesetzt?

E.G.: Der Koalitionsvertrag atmet einen neuen Geist und lässt Raum, um zu gestalten. Für mich ist entscheidend, dass wir in der Ampel auf Augenhöhe

agieren und es nicht darum geht, wer was in den Koalitionsvertrag verhandelt hat. Darum will ich jetzt auch gar nicht einzelne Erfolge für uns Grüne reklamieren. Gelingen kann uns die Umsetzung dessen, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, nur gemeinsam.

KuMi: Wo sehen sie aus kulturpolitischer Sicht noch Schwachstellen oder Probleme im Koalitionsvertrag?

E.G.: Dass die Staatsministerin keinen Ministerinnenrang hat und nicht am Kabinetttisch mitentscheiden kann, das ist so eine Schwachstelle. Ansonsten klingt manches vielleicht noch vage, aber genau das bietet ja auch Gestaltungsräume. Jetzt geht es darum, was wir umsetzen können.

KuMi: Was sind die wichtigsten Zukunftsthemen der Bundeskulturpolitik?

E.G.: Das Zukunftsthema überhaupt ist der Klimaschutz, der sich als roter Faden durch den Koalitionsvertrag zieht. Vielen Künstler*innen und Kreativen ist Klimaschutz ein Anliegen. Wir werden sie dabei unterstützen, dass Kulturproduktionen und Einrichtungen klimafreundlicher werden. Außerdem, wie bereits angesprochen, muss die soziale Lage von Künstler*innen und Kreativen dringend verbessert werden. Wir werden die Rechte von Frauen in der Kultur stärken. Denn, obwohl die Kultur- und Kreativszene künstlerisch und gesellschaftspolitisch oft auf noch ungemachten Wege unterwegs ist und neue Sichtweisen schafft, in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit gilt auch hier: Männer dominieren in Leitungsfunktionen, werden häufiger verlegt, gespielt und verdienen deutlich mehr. Darum sollen die Chancengerechtigkeit für Frauen verbessert werden.

Zudem steht die Erinnerungskultur prominent im Kulturteil des Koalitionsvertrages. Genannt werden etwa die Opfer von Euthanasie und Zwangssterilisation, die endlich wirklich anzuerkennen sind und deren Nachgeschichte wir aufarbeiten wollen. Wir wollen die Gedenkstätten in ihrer wertvollen Arbeit stärken und das Programm »Jugend erinnert« ausbauen. Am Ende des Zeitalters der Zeitzeugen ist das von besonderer Bedeutung.

Eine große Baustelle ist die Aufarbeitung von NS-Raubkunst. Deutschland

hat hier eine besondere Verantwortung. Schließlich geht es hier nicht nur um die Rückgabe oder Entschädigung von Eigentum, sondern auch, soweit das überhaupt möglich ist, um Wiedergutmachung. Hierfür wollen wir die Beratenden Kommission (Limbach-Kommission) stärken, ein Auskunftsrecht einführen, die Verjährung von Ansprüchen ausschließen und einen eigenen Gerichtsstand anstreben. Außerdem haben wir vereinbart, die Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit voranzubringen und Raubkunst aus kolonialem Kontext zurückzugeben. Dazu bereiten wir die Einrichtung eines Lern- und Erinnerungsortes vor. Und schließlich soll die Auswärtige Kulturpolitik »als dritte Säule unserer Außenpolitik« gestärkt werden, etwa die Goethe-Institute oder der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), und wir stehen in der Verantwortung, die Aussöhnung mit Namibia voranzubringen.

KuMi: Sie haben sich auch für ein Bundeskulturministerium stark gemacht, wieso wird es das nun nicht geben?

E.G.: Ich bedauere das, weiß aber auch: Für den Aufbau eines neuen Ministeriums braucht man einen langen Atem. Das muss vorbereitet werden. Außerdem muss eine enge Abstimmung mit den Ländern erfolgen. Auch wenn einige über den Föderalismus schimpften und ihn als Bremse empfinden, bin ich kein Fan von Kulturzentralismus. Kulturpolitik muss dort gemacht werden, wo die Menschen leben. In den Ländern und vor allem in den Kommunen weiß man am besten, was gebraucht wird, wie die kulturelle Infrastruktur beschaffen ist und welche kulturellen Besonderheiten gefördert werden sollten.

Jetzt geht es aber zunächst darum, die vierte Welle der Pandemie zu stoppen und die Kultureinrichtungen, die Kinos, die Veranstaltungsbranche, die Clubs, die vorbildlich 2G-Regelungen und Hygienekonzepte umsetzen, aber dennoch teilweise oder gar nicht arbeiten können, gut durch die Krise zu bekommen. Wir haben im letzten Lockdown gemerkt, was fehlen würde, wenn Kultureinrichtungen dauerhaft schließen und Künstler*innen in andere Berufe abwandern. Das wäre ein irreparabler Schaden und Verlust für uns alle.

Die Fragen stellte Dr. Henning Mohr ■